

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. **Wichtiges Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neukirch Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. - - - **Wöchentlich.** Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Markt 15. Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.40; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.90 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandsgewaltige Bischofswerdaer Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Art - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 15) oder deren Raum 40 Pfg., drückende Anzeigen 30 Pfg. Im Feuilleton (Zm. Maße 15) 50 Pfg., die 4gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. - **Anteilige Anzeigen:** die 4gespaltene Zeile 70 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 267.

Sonntag, den 16. November 1919.

74. Jahrgang.

Das bisherige Ergebnis des Untersuchungsausschusses.

Die Sache der gegenwärtigen Nachhaber, die durch ein parlamentarischer Parteigericht die Männer des alten Systems „zu fassen kriegen“ wollten, steht verzweifelt schlecht. In den ersten neun Tagen ist vor dem Untersuchungsausschuß ganz klar und deutlich nur eins herausgekommen: daß in dem alten kaiserlichen Deutschland keine einzige Maßregel das Licht der nachherigen Öffentlichkeit zu wehen brauchte. Nicht immer bedeutende Männer, aber durchweg Männer mit reinem Gewissen stehen vor den Schranken, während der Verdacht bereits im Wachsen ist, daß die heutigen Ankläger die eigentlichen Schuldigen an unserem Unglück sind. Herr Cohn wird im Laufe der weiteren Untersuchung vom Richterlich herniedersteigen und unter Eid sich vernehmen lassen müssen, was mit den russisch-bolschewistischen Millionen in Deutschland angefangen wurde und wie die Unabhängigen das Heer unterminierten. Herr Erzberger wird um die Bekundung nicht herumkommen, was er in der kritischen Zeit des Sommers 1917 in seiner Beschäftigung wider das Deutsche Reich angerichtet hat. In ihrer Angst greifen die Mehrheitsparteien da zu einer ganz merkwürdigen Exzursion, die im großen Ausschusse des Reichstages zwei volle Tage in Anspruch genommen hat: sie versuchen vor dem erstauften aufgehenden Volk unser Unterliegen im Weltkrieg der mangelhaften Durchführung des Unterseebootkrieges zuzuschreiben, während sie selber durchaus für volle Energie gewesen seien.

In unserem Zeitungs-Zeitalter, indem einem jeden Staatsbürger täglich sein Quantum frischer Nachrichten zugemessen wird, wird Vergangenes schnell vergessen. Aber so kurzfristig ist doch die breite Öffentlichkeit nicht, daß sie nicht mehr wüßte, wie gerade die Linke des Reichstages als Verhinderer des unbeschränkten Unterseebootkrieges aufgetreten ist, damit die angelsächsischen Mächte nicht „vor den Kopf gestoßen“ würden: einmütig sprach sie sich, was dem überängstlichen Bethmann damals sehr recht war, 1916 gegen den energischen Unterseebootkrieg aus, so daß es erst einer gewaltigen nationalen Flutwelle im ganzen Volke bedurfte, um ihn - zu spät - 1917 durchzudrücken. Die Folge dieser Konstellation im Parlament war, daß zunächst die Marineverwaltung nicht in der Lage war, ein „großzügiges“ Bauprogramm für Unterseeboote durchzuführen. (An linksstehenden Blättern wurde bisher in demagogischer Weise behauptet, Tirpitz hätte den U-Bootsbau vernachlässigt.) Trotzdem leistete die neue Waffe nachher ganz erstaunliches, weit mehr, als die Flottenleitung selber als voraussichtlich angelegt hatte, weit mehr als rund 600 000 Tonnen feindlichen Schiffsraums im Monat. Die ehemals reißenden Mataboren Straube und Gothein haben nun zwei Tage lang im parlamentarischen Untersuchungsausschuß den Versuch gemacht, die Ereignisse unzufälligen, es darzustellen, als seien allein sie von vornherein die Borwurfschauernden gewesen; und als ob alles anders gekommen wäre, wenn man ihren Rat befolgt hätte. Die endlichen Behauptungen der verantwortlichen Männer der Marine haben das Gegenteil ergeben. Wie gefahren das ganze Vorhaben der Mehrheitsparteien ist, ergibt sich aus ihrem gleichzeitigen Versuch, der Rechten einen Vorwurf daraus zu konstruieren, daß sie gerade - für einen unbeschränkten Unterseebootkrieg eingetreten sei.

Das ist der sonderbarste Vorwurf, den wir je gehört haben. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß man als Patriot ein Kriegsmittel nicht deshalb empfiehlt, weil, wie die Mehrheitsparteien es taten, noch diese oder jene Werft gern einige Boote bauen möchte, sondern um den Sieg zu erringen. In der Tat standen wir infolge des unbeschränkten Unterseebootkrieges wenige Monate später auch kurz vor der Friedensreise Englands.

Es ist festgestellt, daß im Sommer 1917 die Zuversicht Englands ins Wanken geraten war, und Lloyd George und Wood in Begriff waren, nach Kam zu fahren, um dort die Wichtigkeit des Einlenkens zu besprechen. Dawid behauptet, er verhängnisvolle Bericht des Grafen Bernin bekannt. Graf Czernin fährt darin die inneren Verhältnisse in Österreich geistlich schwarz; nach dem Bericht sollte Österreich-Ungarn vor dem Winter zusammenbrechen - tatsächlich hat es, trotz aller Politik des Kaisers, bis in den Herbst 1918 ausgehalten. Dieser Bericht, der deshalb so schwarz gehalten war, um im deutschen Großhauptquartier im Sinne eines Abbaues des Siegesglaubens zu wirken, wird am Wiener Hof Herrn Erzberger

ger in die Hände gespielt. Herr Erzberger gibt vertraulich in einem größeren Kreise darüber Auskunft, gibt den Bericht vertraulich weiter. Er gelangt in die Hände Lloyd Georges. Und in demselben Augenblick bekommt der Oberwasser. Österreich, jetzt kann er's mit dem Souverän belegen, bricht in kürzester Zeit zusammen; mit Deutschland wird's nicht viel anders stehen. Wenn wir, die Entente, also durchhalten, dann werden wir siegen; in ein paar Monaten wird sich erweisen, daß der Krieg doch ein Geschäft für uns ist. So konnte, mußte Lloyd George sprechen. Daß das tatsächlich ein Irrtum war, daß es, trotz aller Fleißarbeit der Unabhängigen und Spartakisten, trotz aller Fleißarbeit der Mehrheitsparteien, noch weit über ein Jahr gedauert hat, bis der Zusammenbruch kam, verblick der Gefahr war überstanden; die Zeit arbeitete jetzt wieder für die Entente.

Man sollte meinen, daß die Herausarbeitung dieses Tatsachenzusammenhanges vor dem Untersuchungsausschuß Aufsehen gemacht hätte. Sollte meinen, daß er, da er hier endlich einen Zipfel der angeblich so heiß gesuchten Wahrheit zu fassen bekommen hat, nun dies voranstellt, nun alles Bemühen darauf richtet, hier weiter zu forschen. Man sollte meinen. Tatsächlich wird von diesen Feststellungen nur so weit Akt genommen, daß Dr. David, Herr Gothein, Dr. Singheimer sich aus Selbstbestrafen bemühen, diese Feststellungen zu verwickeln. Das Tribunal ist längst zur Szene geworden, auf der die Parteipolitiker munter ihre lahmen Parteischimmel tummeln und sich logische Saltomortales leisten, die bisweilen schon die sehr geduldige Zuhörerschaft zum Lachen des Hohns, der Entrüstung gebracht haben.

Eine erregte Sitzung.

Berlin, 14. November. Vor dem Reichstagsgebäude hatte sich in Erwartung Hindenburgs und Ludendorffs zahlreiches Publikum eingefunden, auch hatte ein großer Teil der Studentenschaft Aufstellung genommen. Bis Mittag waren aber die Herren noch nicht erschienen, sie sollten angeblich erst am Montag vorzunehmen werden.

Der Untersuchungsausschuß setzte die Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich fort. - Dr. Helfferich: Der Unterseeboot-Krieg ist keine Glaubenssache, sondern eine politische Handlung, die sich nach den Verhältnissen zu richten hat. Die Kollektivantwort der Entente an Wilson vom 10. Januar hat die Friedenshoffnung ins Schloß geworfen. Die Senatsbotschaft Wilsons hat meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Danach waren annehmbare und erträgliche Friedensvorschläge überhaupt nicht mehr zu erwarten. Am 30. Dezember kam die Antwort der Entente auf unser Friedensangebot. Am 8. Januar telegraphierte Hindenburg, daß er die Eröffnung des unbeschränkten Unterseeboot-Krieges zum 1. Februar für notwendig halte. Am 9. Januar ist dann dieser Beschluß in Pleß erfolgt.

Dr. Helfferich setzte dann auseinander, warum er seine Meinung über den Unterseeboot-Krieg geändert und sich schließlich für den Unterseeboot-Krieg im Januar 1917 ausgesprochen habe. Die Verhältnisse Englands waren infolge der ungünstigen Ernte schlechter geworden. Überall zeigten sich deutliche Symptome einer starken Verknappung der Getreideversorgung der Welt. Das Wort von der Welt hungersnot kam damals auf. Die Preise stiegen geradezu rapid, und trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, ging keine Zufuhr immer weiter zurück. Auch die Getreidebestände Amerikas aus der vorjährigen Rekord-ernte nahmen beständig ab. Dazu kam die erhöhte Leistungsfähigkeit unserer Unterseeboote; die Erfolge des Unterseeboot-Kreuzerrieges stellten mit großer Wahrscheinlichkeit ins Aussicht, daß die Erfolgsberechnungen des Admiralsstabes noch übertrieben werden würden. In den englischen Häfen machten sich die Wirkungen des englischen Kreuzerrieges immer mehr fühlbar. Nach einer englischen Statistik war bereits die englische Schifffahrt um 45 Prozent ermangelte. Vom unbeschränkten Unterseeboot-Krieg konnte man eine weitere Einschränkung erwarten, und damit war die Möglichkeit gegeben, England fühlbarer an der Wurzel seiner Wirtschaft zu fassen, als vordem. Trotz dieser Sachlage habe ich von der Erklärung des unbeschränkten Unterseeboot-Krieges vor klarer Erledigung der Friedensfrage abgeraten.

Sie wissen, daß die Entscheidung am 9. Januar 1917 dagegen ausgefallen ist; es dürfe nicht länger zugewartet werden. Als Herr v. Bethmann Hollweg mir am 12. Januar die Entscheidung überreichte, war ich auf das tiefste erschüttert. Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem mir die Friedensfrage noch nicht als abgeschlossen erschien, für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung unseres Friedensangebotes bedrohte. Mein erster Gedanke war, durch Rücktritt von meinem Amt meine Mitverantwortung an der Entscheidung abzulehnen. Ich hatte mir die Frage vorzulegen, ob ich durch meinen Rücktritt den jetzt beschlossenen Unterseeboot-Krieg verneinen sollte, ob ich es vor mir selbst verantworten könne, in den Augen unserer Bundesgenossen, unseres eigenen Volkes und unserer Feinde den Unterseeboot-Krieg durch eine solche Demonstration zu diskreditieren. Eine Demonstration, die überdies ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich so gehandelt. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mitteillos den Leuten überlasse, die hier in diesem Hause am 19. Juli 1917 der Kriegserklärung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Ausschlußmitgliedern.)

Vorj. Warmuth: Ich muß diese Äußerung entschieden juridkweisen.

Helfferich (weiter): Ich muß mich natürlich fügen, meine Überzeugung kann ich natürlich nicht verleugnen. Die Entscheidung war also gefallen, der Krieg ging weiter, denn die Feinde wollten den Frieden nicht und Wilson lehnte jeden Druck auf die Entente ab. Uns blieb nur die Wahl, uns schmachlos zu unterwerfen, oder das Letzte zu wagen: Einen ehrlosen Frieden oder ruhmvollen Untergang. Christus aber kann das deutsche Volk nicht werden. So habe ich unser Volk damals eingeschätzt, und so schäme ich es heute noch ein, trotz allem, was vorgekommen ist. Ich wünsche mich weder hier noch vor einer anderen Instanz darauf zu berufen, daß ich am 9. Januar der Entscheidung für den Unterseeboot-Krieg widerraten habe. Ich übernehme vielmehr dafür die moralische und politische Mitverantwortung. Ich bekenne mich dazu und stehe für sie ein. Die weiteren Ereignisse bestätigten die Richtigkeit meiner Auffassung. Gleichwohl haben auch wir den letzten Versuch vom 28. Januar nicht ungenutzt gelassen, obwohl die Möglichkeit vorhanden war, daß dieser letzte Versuch eine Falle für uns war. Aber wir wollten nichts ungenutzt lassen, und so erklärte ich unser Telegramm nach Amerika vom 29. Januar. Es hat zu keinem Ergebnis geführt. Am Sonntag hat Dr. David in einer Verammlung behauptet, daß nach den bisherigen Feststellungen dieses Untersuchungsausschusses der Reichstag worden sei, während man an Wilson einen plumpen Betrug versucht habe, konnte man dem Reichstag klaren Betrug einsehen, als es durch mich in der Frage der Beteiligung Amerikas am Kriege geschehen ist. Wo ist der letzte Ansehens dafür? Der amerikanische Botschafter Gerard schreibt in seinem Buche über Herrn v. Bethmann Hollweg, der nach Dr. David den plumpen Betrugsversuch an Amerika begangen haben soll: „Es war leichter für Deutschland, mit Herrn v. Bethmann Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.“ So der amerikanische Botschafter und so ein deutscher Reichsminister. (Große Erregung bei den Ausschlußmitgliedern. Beifall im Zuhörerraum. Allgemeine Unruhe im Saale.)

Der Vorsitzende bittet, diese Schärfe der Kritik zu unterlassen, bezeichnet es aber weiterhin als zulässig, wenn man gegen ein Mitglied der jetzigen Regierung, das der früheren Regierung den Vorwurf eines plumpen Betruges gemacht habe, sachlich Stellung nimmt.

Reichsminister Dr. David weist durch Verlesung des Stenogramms seiner Rede die Angriffe Helfferichs zurück und führt aus, wieso der Reichstag nach seiner Auffassung in Unkenntnis der Friedensbestrebungen, auch des Friedensschrittes einer neutralen Macht in der zweiten Hälfte des Dezember 1916, blindlings ins Verhängnis geführt worden sei. Wenn er den Depeschentausch zwischen unserem Botschafter und dem Auswärtigen Amt gekannt hätte, so hätte er seine Friedensauffassung natürlich nicht gehabt, und seine Partei würde damals vielleicht noch zu weitergehenden Beschlüssen gekommen sein. So mußte der Eindruck erweckt werden, daß unsere Diplomatie den Krieg mit Amerika geradezu provoziert habe, und das sei die schwere An-